

POLITIK

Zahl der Gewaltvorfälle nimmt kaum ab

An Berliner Schulen geht es rabiät zu

Schwere körperliche Gewalt gegen Schüler und Lehrer - an Berliner Schulen ist dies keine Seltenheit. Seit dem letzten Schuljahr hat die Zahl kaum abgenommen, wie neue Zahlen zeigen. Besonders häufig sind Grundschulen betroffen.

Insgesamt 1.293 Gewaltvorfälle haben Berliner Schulen im ersten Halbjahr den laufenden Schuljahres registriert. Im gesamten Schuljahr 2013/14 wurden 2.793 Vorfälle gemeldet. Damit liegen die Zahlen bislang auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr, wie aus der Antwort auf eine Anfrage an den SPD-Abgeordneten Joschka Langenbrinck hervorgeht.

Laut der Senatsverwaltung für Bildung gab es dabei im ersten Schulhalbjahr 236 Fälle schwerer körperlicher Gewalt, 2013/14 wurden insgesamt 511 solcher Tatbestände gemeldet.

RÜCKBLICK

200 Angriffe auf Lehrer in einem Halbjahr
Gewalt an Berliner Schulen nimmt nicht ab

Die Fälle von Gewalt an Berliner Schulen werden wohl nicht weniger. Im ersten Schulhalbjahr 2013/14 wurden insgesamt 204 Übergriffe auf Lehrkräfte und Schulpersonal angezeigt. Unter den Schülern registrierte man 239 Fälle von schwerer körperlicher Gewalt. Die Zahlen liegen im Trend der Vorjahre.

Gewalt vor allem an Grundschulen

Die meisten Täter sind den Angaben nach männlich. Opfer der Gewalttaten wurden sowohl Jungen wie Mädchen. Aber auch Lehrer und andere Schulmitarbeiter wurden angegriffen. Hier zeichnet sich sogar eine steigende Tendenz ab: 257 Meldungen gab es im ersten Halbjahr - gegenüber 434 im gesamten vorangegangenen Schuljahr.

Auf Vorjahresniveau blieben die Zahlen bei Mobbing, Bedrohungen und Beleidigungen, die insgesamt 742 Mal gemeldet wurden.

Über die meisten Fälle von Gewalt berichten Grundschulen, gefolgt von Sekundarschulen. Die wenigsten verzeichneten die Gymnasien.

Insgesamt gab es in dem Bezirk Mitte die meisten gemeldeten Gewaltvorfälle.

Dunkelziffer vermutlich höher

Insgesamt haben weniger als die Hälfte der Berliner Schulen Gewalttaten gemeldet. Die Bildungsverwaltung vermutet allerdings, dass einige Schulen - aus Sorge um ihren Ruf - die Taten nicht angeben. Der SPD-Abgeordnete Langenbrinck erklärte zudem, dass "die Dunkelziffer bei Beleidigungen, Drohungen und Tötlichkeiten höher ist, weil die Schulen nicht dazu verpflichtet sind, sie zu melden".

Die vielen Fälle schwerer körperlicher Gewalt und Übergriffe auf das Schulpersonal bleiben aus Sicht Langenbrincks ein Alarmsignal. Nötig seien Strategien, um diese

zurückzudrängen.

Mit Informationen von Kirsten Buchmann

Stand vom 25.06.2015
